

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

Betr.:            **Kurzbericht über die zusätzliche Plenartagung  
am 26. März 2003 in Brüssel**

---

**AUSSPRACHE ÜBER DIE ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZU  
DEN ARTIKELN 1 BIS 7 DES VERFASSUNGSENTWURFS**

Im Anschluss an die Plenartagung vom 27. Februar 2003, auf der sich der Konvent mit den Artikeln 1 bis 7 des Verfassungsentwurfs sowie mit den Änderungsvorschlägen der Konventsmitglieder befasste, setzte dieser seine Aussprache auf einer zusätzlichen Tagung unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden des Konvents, Herrn Jean-Luc Dehaene, fort.

**Artikel 1**

Der stellvertretende Vorsitzende gab eine kurze Einführung in die Diskussion, indem er an den Verlauf der Plenartagung erinnerte, in deren Rahmen die Artikel behandelt worden sind, und insbesondere die wichtigsten Themen in Erinnerung rief, auf die sich die diesbezüglichen Änderungsvorschläge der Konventsmitglieder bezogen hatten. Er teilte ferner mit, dass sich das Präsidium auf jeden Fall bemühen werde, einige der geäußerten Anliegen in einer überarbeiteten Fassung klarer zum Ausdruck zu bringen; er nannte insbesondere den Sachverhalt, dass die Zuständigkeiten der Union von den Mitgliedstaaten und nicht von der Verfassung zugeteilt werden. Dieser Vorschlag wurde von mehreren Konventsmitgliedern begrüßt.

## Artikel 1 Absatz 1

### *"Völker" oder "Bürger"*

Eine große Zahl von Rednern teilte mit, sie würden in diesem Absatz den Begriff "Bürger" dem Terminus "Völker" vorziehen, da dieser Begriff moderner sei und durch den Vertrag von Maastricht offiziellen Charakter erhalten habe. Außerdem hoben einige Redner hervor, der Begriff "Bürger" sei rechtlich definiert, was für den Terminus "Völker" nicht gelte. Andere Redner bemerkten allerdings, dass der Begriff "Völker" den grundlegenden Charakter der Union, auf den sich dieser Artikel bezieht, besser wiedergäbe. Schließlich schlugen einige Redner vor, den Absatz so umzuformulieren, dass die beiden Begriffe "Völker" und "Bürger" im Text genannt werden können.

### *"Verfassung" oder "Verfassungsvertrag"*

Einige Redner äußerten, dass ihrer Meinung nach das Wort "Verfassung" besser vermieden und durch das Wort "Verfassungsvertrag" ersetzt werden sollte, da letzteres eher den Gedanken einer zwischen den Staaten geschlossenen Vereinbarung wiedergäbe.

### *"Gründung der Union"*

Einige Redner fragten sich, ob die rechtliche Kontinuität gewahrt sei, wenn in der Verfassung die "Gründung" der Union vorgesehen werde. Diese Redner waren der Auffassung, dass es nicht um die Gründung einer Union gehe, da diese bereits existiere, sondern dass es vielmehr gelte, eine neue Etappe in ihrer Entwicklung zu kennzeichnen. Der stellvertretende Vorsitzende erklärte zum einen, dass die durch die Verfassung geschaffene Union in jedem Fall Nachfolgerin der gegenwärtigen Gemeinschaft und Union sein werde, und zum anderen, dass die Bestimmungen, mit denen die rechtliche Kontinuität sichergestellt werde, im Titel Schlussbestimmungen im letzten Teil der Verfassung enthalten sein werden. Nach Ansicht eines Redner ist es wichtig, bereits im ersten Artikel auf die rechtliche Kontinuität zu verweisen, um jegliche Unklarheit zu vermeiden.

### *"Föderale Weise"*

Einige Redner vertraten die Auffassung, dass das Wort "föderal" in diesem Absatz gestrichen werden sollte.

Sie waren der Meinung, der Begriff "föderal" habe in verschiedenen Sprachen unterschiedliche rechtliche Bedeutung und es sei daher angezeigt, das Wort zu vermeiden, um Auslegungsdivergenzen vorzubeugen. Ein Redner schlug vor, den zweiten Teil des Satzes zu streichen (*"in deren Rahmen die Politiken der Mitgliedstaaten aufeinander abgestimmt werden und die in föderaler Weise bestimmte gemeinsame Zuständigkeiten wahrnimmt"*), da er überflüssig und inhaltsleer sei. Andere Redner waren dafür, diese Bestimmung und den Begriff "föderal" beizubehalten, da er genauer und prägnanter als andere Begriffe die ganz besondere Funktionsweise der Union im Rahmen einiger ihrer Zuständigkeiten ausdrücke. Einige Redner schlugen vor, das Wort "föderal" durch "gemeinschaftlich" oder "supranational" zu ersetzen.

#### *"Eine immer engere Union"*

Einige Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, in diesen Absatz den Gedanken einer immer engeren Union aufzunehmen, wie er im gegenwärtigen Artikel 1 des Vertrags enthalten ist. Ein Redner war der Meinung, dieser Gedanke gehöre in die Präambel der Verfassung, da er eine Zukunftsperspektive ausdrücke. Ein Mitglied des Konvents betonte, es sehe eine Verbindung zwischen dieser Problematik und dem Terminus "föderale Weise": Es könne den letztgenannten Begriff akzeptieren, sofern die Formulierung "eine immer engere Union" nicht mehr in der Verfassung erscheine.

#### *Redaktionelle Fragen*

Einige Mitglieder waren der Meinung, die Einleitungsformel im ersten Artikel sei "nichts sagend", und schlugen Alternativen wie "Entschlossen, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten..." vor. Das Verb "gérer" (oder: "administer" im Englischen) ("wahrnehmen") wurde im Übrigen als zu bürokratisch empfunden.

#### *Struktur des Absatzes*

Einige Redner schlugen vor, die Reihenfolge im zweiten Teil des Satzes umzustellen, so dass die der Union übertragenen Zuständigkeiten vor der Abstimmung der Politiken der Mitgliedstaaten stehen.

### Artikel 1 Absatz 2

Mehrere Konventmitglieder betonten, der in Absatz 2 dieses Artikels enthaltene Terminus "nationale Identität" bedürfe der Klärung, und äußerten Zweifel daran, dass es sinnvoll sei, die Frage der nationalen Identität an zwei Stellen in der Verfassung zu behandeln. Sie schlugen insbesondere vor, diesen Begriff durch verschiedene Aspekte wie die kulturelle oder sprachliche Vielfalt, die regionale Autonomie und regionale Besonderheiten weiter auszuführen. Ein Teil der Redner schlug vor, diesen Begriff durch die Bestimmungen von Artikel 9 Absatz 6 zu ergänzen oder auf der Grundlage von Artikel 1 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 6 einen neuen Artikel zu verfassen. Ein Redner äußerte allerdings Bedenken, die Elemente von Artikel 9 Absatz 6 noch einmal aufzugreifen, weil dies den neuen Absatz überfrachten könnte.

### Artikel 1 Absatz 3

Ein Redner merkte an, dass in der Bestimmung von Artikel 1 Absatz 3 über die Charakteristika, mit denen die Offenheit der Union für andere Staaten beschrieben wird, die Beitrittsbedingungen strenger formuliert seien, als es in den für die gegenwärtigen Mitgliedstaaten geltenden Bestimmungen in Artikel 2 über die Werte der Fall sei.

Der stellvertretende Vorsitzende des Konvent schloss die Aussprache über den Entwurf von Artikel 1 mit der Feststellung, dass sich eine starke Tendenz zugunsten einer Verschmelzung der gegenwärtigen Entwürfe zur nationalen Identität (Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 6) in einem neuen eigenen Artikel abgezeichnet habe, in dem die verschiedenen Aspekte der nationalen Identität, die im aktuellen Artikel 9 Absatz 6 genannt sind, enthalten wären. Er wiederholte noch einmal, dass das Präsidium eine Formulierung ausarbeiten werde, mit der unmissverständlich klar gestellt werde, dass die Union ihre Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten erhält, und dass sich die Abstimmungsfunktion der Union nur auf bestimmte Politiken erstreckt, für die ihr Zuständigkeiten übertragen worden sind. Außerdem werde das Präsidium die Prüfung bestimmter noch strittiger Fragen fortsetzen, z.B.

- die Verwendung der Begriffe "Bürger" oder "Völker" in Artikel 1 Absatz 1 und
- die Verwendung oder die Streichung des Begriffs "föderale Weise" in Artikel 1 Absatz 1.

## Artikel 2

Der stellvertretende Vorsitzende erläuterte zur Einführung in die Diskussion den vom Präsidium bei der Abfassung dieses Artikels verfolgten Ansatz, wonach sich dieser Artikel auf eine kurze Liste der wichtigsten Werte beschränken soll, die von allen akzeptiert werden, und die rechtlich so klar festgelegt sind, dass sie im Falle eines schweren Verstoßes vonseiten eines Mitgliedstaates geahndet werden können. Er rief in Erinnerung, dass sich zahlreiche Änderungsvorschläge darauf bezogen, die Gleichheit und/oder die Gleichberechtigung von Frau und Mann mit unter die Werte aufzunehmen. Ferner erläuterte er die Haltung des Präsidiums hinsichtlich der "religiösen Dimension", wobei er auf die Schlussfolgerungen des Vorsitzenden, Giscard d'Estaing, am Ende der letzten Plenarsitzung verwies. Schließlich führte er noch an, dass in vielen Änderungsvorschlägen die Frage aufgeworfen worden sei, inwieweit der zweite Satz dieses Artikel, der mehr als Ziel als als Wert formuliert ist, sinnvoll sei.

Viele Redner wünschten die zusätzliche Aufnahme entweder des Begriffs der Gleichheit im allgemeinen (bzw. bei einigen die Gleichheit vor dem Recht) oder der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder beidem auf die Liste der Werte. Mehrere Redner vertraten die Ansicht, der Begriff Gleichheit sei nicht allgemeiner als die Begriffe "Freiheit" oder "Demokratie" und stünde daher in Einklang mit dem Ansatz des Präsidiums.

Ein Konventsmitglied schlug vor, in Analogie zum Wortlaut in der Grundrechtecharta von der "Unverletzlichkeit" der Menschenwürde statt nur von der Achtung zu sprechen. Einige Mitglieder würden im Übrigen den Begriff "Grundrechte" statt "Menschenrechte" vorziehen.

Einige Mitglieder setzten sich dafür ein, die kulturelle und sprachliche Vielfalt, die ihres Erachtens einen echten Wert der Union darstellt, in Artikel 2 zu verankern; sie räumten allerdings ein, dass dieser Begriff aus redaktionellen Gründen in Artikel 3 besser platziert sein könnte.

Mehrere Redner schlossen sich der Überlegung des stellvertretenden Vorsitzenden in Bezug auf den gegenwärtigen Wortlaut des zweiten Satzes an und sprachen sich entweder für seine Verschmelzung mit dem ersten Satz oder für seine Verschiebung in die Präambel oder in Artikel 3 aus.

Was die Erwähnung der "religiösen Dimension" betrifft, so haben mehrere Konventsmitglieder verlangt, über den vom Vorsitzenden und vom stellvertretenden Vorsitzenden skizzierten Ansatz des Präsidiums hinauszugehen, insbesondere durch eine Bezugnahme auf Gott in der Verfassung; eine Reihe anderer Konventsmitglieder hingegen äußerte sich zufrieden über die Linie des Präsidiums.

Das Argument des stellvertretenden Vorsitzenden, eine eventuelle Bezugnahme auf religiöse oder geistige Werte oder Traditionen könne sowieso nur in die Präambel und nicht in Artikel 2 aufgenommen werden, wurde generell akzeptiert.

Abschließend zog der stellvertretende Vorsitzende insbesondere das Fazit, dass sich eine Tendenz zugunsten der Aufnahme der Gleichheit auf die Liste der Werte abzeichnet, wobei einige Mitglieder die Gleichberechtigung von Frau und Mann hinzugefügt wissen wollen. Ferner stellte er fest, dass das Präsidium eine bessere Lösung für die Verbindung der beiden Sätze im gegenwärtigen Entwurf von Artikel 2 ausarbeiten muss.

### Artikel 3

Der stellvertretende Vorsitzende gab eine kurze Einführung zu diesem Artikel, indem er den Stand der Diskussion zu diesem Thema darstellte, wie er sich aus der Aussprache auf der Plenartagung und aus den von den Konventsmitgliedern eingereichten Änderungsvorschlägen ergibt. Er hob bestimmte Punkte hervor, zu denen es offenbar bereits einen gewissen Konsens gibt, wie zu der Notwendigkeit, das sich auf den Schutz und die Verbesserung der Umwelt und die nachhaltige Entwicklung beziehende Ziel ausführlicher darzustellen oder den Absatz 4 zur Rolle der Union in der Welt offener und weniger "europazentriert" zu gestalten, indem Anpassungen an Formulierungen der Gruppe VII vorgenommen werden. Der stellvertretende Vorsitzende betonte ferner, dass bei der Abfassung des Artikels sowohl die Anliegen derjenigen berücksichtigt werden müssten, die die Merkmale der sozialen Marktwirtschaft aufnehmen wollen, als auch die Interessen derjenigen, für die die Offenheit der Märkte und der freie Wettbewerb besondere Bedeutung haben. Im Übrigen wies er darauf hin, dass die Verfassung auf jeden Fall eine "Mainstreaming"-Klausel (durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter sowie des Umweltschutzes

in allen Politikbereichen der Union) enthalten wird, dass aber noch die Frage nach dem richtigen Platz für eine solche Klausel (Teil I oder II der Verfassung) zu klären bleibe. Schließlich betonte er, dass der Artikel bei allen Einfügungswünschen eine gewisse Prägnanz behalten sollte.

Einige Redner riefen ganz allgemein in Erinnerung, dass die in Artikel 3 genannten Ziele vom Gerichtshof verwendet werden würden, was eine große Genauigkeit bei ihrer Formulierung erforderlich mache. Es wurde darauf hingewiesen, dass es eine direkte Beziehung zwischen den Zuständigkeiten der Union und ihren Zielen geben müsse und dass keine Ziele erwähnt werden sollten, für deren Umsetzung die Union keine Zuständigkeit habe. Mehrere Konventsmitglieder schlossen sich dem Plädoyer des stellvertretenden Vorsitzenden für eine prägnante Formulierung des Artikels an.

Einige Konventsmitglieder betrachteten es als überflüssig, in Artikel 3 Absatz 1 Begriffe wie den Frieden und andere bereits in Artikel 2 genannte Werte zu wiederholen.

Andere Mitglieder bedauerten, dass der Grundsatz der größtmöglichen Offenheit und Bürgernähe, die die Union bei ihrem Handeln haben sollte, nicht übernommen worden sei, und schlugen vor, zu diesem Zweck einen gesonderten Absatz hinzuzufügen.

Schließlich sprachen sich mehrere Konventsmitglieder dafür aus, entweder in diesen Artikel oder in den Teil II eine "Mainstreaming"- oder Kohärenzklausel aufzunehmen, wie sie der stellvertretende Vorsitzende angesprochen hat.

#### Artikel 3 Absatz 2

Viele Redner begrüßten den Hinweis des stellvertretenden Vorsitzenden, dass der Schutz der Umwelt sowie die Förderung der nachhaltigen Entwicklung mit all ihren unterschiedlichen Aspekten stärker zum Ausdruck gebracht werden könnten, und legten hierzu konkrete Formulierungsvorschläge vor.

- Mehrere Konventsmitglieder sprachen sich für eine Bezugnahme auf eine "Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" - wie im derzeitigen Artikel 4 EGV - sowie für eine Bezugnahme auf die "soziale Marktwirtschaft" aus; diese beiden Begriffe schlossen einander nicht aus. Außerdem nannten einige Konventsmitglieder unter Berufung auf die Schlussfolgerungen der Gruppe XI mehrere Merkmale der sozialen Marktwirtschaft, wie den Schutz der öffentlichen Gesundheit, die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, die Förderung der Qualität der Arbeitsplätze oder den Zugang zur Bildung und Ausbildung und hochwertige gemeinwohl-orientierte Leistungen.

Mehrere Redner beantragten die Aufnahme des Begriffs "territorialer Zusammenhalt". Dabei wurde darauf hingewiesen, dass dies unausweichlich Folgen für die Definition der Strukturfondspolitik im zweiten Teil haben werde, die derzeit ausschließlich auf die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ausgerichtet sei.

Des weiteren plädierten einige Konventsmitglieder für eine Bezugnahme auf die Förderung der Politik der Nicht-Diskriminierung, insbesondere in den Bereichen, die derzeit unter Artikel 13 EGV fallen.

### Artikel 3 Absatz 3

Eine Reihe von Rednern gab zu bedenken, dass die kulturelle Vielfalt nicht speziell an den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gebunden sei und daher getrennt aufgeführt werden sollte. Dagegen schlugen einige Konventsmitglieder vor, das Ziel eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts weiter auszuführen und einige Aspekte zu nennen, die diesen Raum ausmachen, und zwar insbesondere die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die entweder an dieser Stelle oder im zweiten Teil des Vertrags aufgeführt werden sollte.

Einige Konventsmitglieder unterstrichen, dass dem Begriff der kulturellen Vielfalt der Begriff der sprachlichen Vielfalt zur Seite gestellt werden müsse; in diesem Zusammenhang sprach sich ein Redner auch für eine Bezugnahme auf die Achtung der Minderheitenrechte aus. Der Vorschlag, den Begriff des gemeinsamen kulturellen Erbes aufzunehmen, um die Ausgewogenheit von Artikel 151 Absatz 1 EGV zu bewahren, stieß auf ein positives Echo.



### Artikel 3 Absatz 4

Viele Redner setzten sich dafür ein, dass dieser Absatz - in Anlehnung an die Formulierungsvorschläge der Gruppe VII - offener und weniger defensiv gefasst wird, wobei insbesondere ein Konventsmitglied den Ausdruck "Unabhängigkeit der Union" kritisierte. Diese Konventsmitglieder sind vor allem für eine Bezugnahme auf die Achtung des Völkerrechts, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie auf die Grundrechte im Allgemeinen, womit sich, wie manche meinen, eine Bezugnahme auf die Rechte der Kinder erübrigen würde. Der stellvertretende Vorsitzende räumte ein, dass dieser Absatz anhand dieser Orientierungen, die bereits von der Arbeitsgruppe festgelegt worden seien, umformuliert werden müsse. Einige Redner plädierten dafür, bestimmte Ziele, wie den Schutz der Rechte der Kinder oder die Beseitigung der Armut, nicht mit der Verteidigung der Unabhängigkeit und der Interessen der Union in der Welt zu verknüpfen, damit sie auch unionsintern berücksichtigt werden können.

Eine Reihe von Konventsmitgliedern sprach sich ausdrücklich dafür aus, in Artikel 3 Absatz 4 zu verankern, dass die Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine gemeinsame Verteidigungspolitik festlegt und durchführt. Andere hoben hervor, dass die Förderung des Freihandels genannt werden müsse.

Ein Redner schlug vor, in diesem Artikel festzulegen, dass die Union dem Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte abschwört.

### Artikel 4

Der stellvertretende Vorsitzende wies zu Beginn der Aussprache darauf hin, dass der Artikelentwurf auf der Plenartagung des Konvent relativ wenig Kontroversen ausgelöst habe. Der Konvent habe daher nur sehr kurz über diesen Artikel beraten.

Ein Redner hob hervor, dass die Billigung dieses Artikels nicht bedeute, dass es für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und gewisse Aspekte des Bereichs Justiz und Inneres nicht besondere Regelungen geben könne.

Ein weiterer Redner wies ebenfalls mit Nachdruck darauf hin, dass aus seiner Sicht die Rechtspersönlichkeit der Union aus der Union keine Föderation mache.

## Artikel 5 - 7

Wie der stellvertretende Vorsitzende in seiner Einführung u.a. hervorhob, haben zwar mehrere Konventsmitglieder beantragt, die Rechtsgrundlage von Artikel 5 Absatz 2 im Hinblick auf den Abschluss anderer internationaler Übereinkommen im Bereich der Menschenrechte auszudehnen; das Präsidium sei jedoch der Ansicht, dass aus dem derzeitigen Entwurf, in dem nur auf die EMRK verwiesen werde, nicht der Umkehrschluss gezogen werden dürfe, dass der Beitritt zu anderen Übereinkommen ausgeschlossen sei. Die Bestimmung sei notwendig für die EMRK, da der Europäische Gerichtshof 1996 in einem Gutachten festgestellt habe, dass die Gemeinschaft nicht befugt sei, diesem Übereinkommen beizutreten, weil ein solcher Beitritt "von verfassungsrechtlicher Dimension" wäre; dagegen dürften für andere Übereinkommen im Bereich der Menschenrechte, die keine "verfassungsrechtliche Dimension" aufweisen und bei denen sich Bezüge zu den Zuständigkeiten der Union herstellen lassen, die bestehenden Rechtsgrundlagen im Vertrag (die in Teil II übernommen werden) ausreichen.

Was zudem die Anträge betrifft, in den derzeitigen Entwurf von Artikel 6 über das Verbot von Diskriminierungen aus Gründen der Staatsangehörigkeit andere Formen der Diskriminierung aufzunehmen, so riet der stellvertretende Vorsitzende zur Vorsicht; eine solche Ergänzung könne sehr viel weiterreichende rechtliche Konsequenzen haben als das Diskriminierungsverbot in Artikel 21 Absatz 1 der Charta, deren Anwendungsbereich in Artikel 51 der Charta eindeutig begrenzt werde.

Außerdem wies der stellvertretende Vorsitzende darauf hin, dass es möglicherweise zu Überschneidungen zwischen Artikel 6 und Artikel 7 Absatz 2 (in Bezug auf die Liste der Bürgerrechte) einerseits sowie der Charta andererseits kommen könne; er bat die Mitglieder, zu der Frage Stellung zu nehmen, welche Grundsatzentscheidung diesbezüglich getroffen werden sollte.

In der Aussprache über die Artikel 5 bis 7 wurden folgende Punkte erörtert:

- Ein Redner schlug vor, in diesen Titel II einen neuen Artikel über die vier Grundfreiheiten einzufügen, weil es angesichts der grundlegenden Bedeutung dieser Freiheiten für die europäische Integration gerechtfertigt sei, diese Freiheiten schon in den ersten Artikeln der Verfassung aufzuführen, wobei sich ihre Bedeutung eher aus der Tatsache ergebe, dass sie als Grundrechte unmittelbare Wirkung entfalten, als aus der Tatsache, dass die Union für sie zuständig ist. Dieser Vorschlag wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern begrüßt.

- Einige Konventsmitglieder plädierten dafür, die Charta in die Verfassung selbst aufzunehmen und nicht in einem Protokoll beizufügen; die meisten von ihnen sind dafür, dass die Charta entweder in den ersten Teil aufgenommen wird oder den zweiten Teil der Verfassung bildet. Ein Konventsmitglied fügte hinzu, dass in diesem Fall die Präambel der Charta nicht in ihrer derzeitigen Form übernommen werden könne, da die Verfassung nicht zwei Präambeln haben könne.
- Ein Konventsmitglied unterstrich, dass die "Erläuterungen" zur Charta vertieft und dass sie der Charta beigefügt werden müssten, falls diese in die Verfassung aufgenommen würde. Die übrigen Konventsmitglieder und der stellvertretende Vorsitzende unterstützten zwar die Schlussfolgerungen der Gruppe, was die Veröffentlichung der aktualisierten Erläuterungen betrifft, wandten sich jedoch gegen den Vorschlag, diese Erläuterungen zusammen mit der Charta in die Verfassung aufzunehmen, weil ihnen damit die gleiche rechtliche Bedeutung beigemessen würde wie der Charta selbst. Vielmehr solle sich der bisherige Stellenwert der Erläuterungen nicht ändern, d.h. sie sollten weiterhin als vorbereitende Materialien gelten, die bei der Auslegung der Charta sehr nützlich sein könnten.
- Was Artikel 5 Absatz 2 betrifft, so gaben mehrere Konventsmitglieder zu bedenken, dass es riskant sei, sich auf eine fakultative Rechtsgrundlage zu beschränken, von der der Rat nur einstimmig Gebrauch machen kann; dies könne den Beitritt zur EMRK gegebenenfalls blockieren. Andererseits könne der Beitritt in der Verfassung nicht verbindlich vorgeschrieben werden, da er noch vom Ausgang der weiteren Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten des Europarats und der Zustimmung dieser Staaten abhängt. Wie der stellvertretende Vorsitzende feststellte, tendiert der Konvent wohl eher zu einer Formulierung, nach der die Union den Beitritt zur EMRK "anstrebt" ("the union shall *seek* ...").
- Mehrere Konventsmitglieder wiesen darauf hin, dass der derzeitige Artikel 6 entfallen könnte, wenn die Charta, die in Artikel 21 Absatz 2 eine gleichlautende Bestimmung enthalte, in die Verfassung aufgenommen würde. Der stellvertretende Vorsitzende kam in seinen Schlussfolgerungen auf diese Frage zurück und hob hervor, dass geprüft werden müsse, wie sich Überschneidungen zwischen Teil I der Verfassung und der Charta vermeiden lassen.

**DER EUROPÄISCHE KONVENT**  
**Zusätzliche Tagung am Mittwoch, 26. März 2003**

**REDNERLISTE**

**Fortsetzung der Aussprache über die Artikel 1 bis 7 (Dok. CONV 528/03)**

Herr Andrew Nicholas DUFF - Europäisches Parlament  
Herr Esko Olavi SEPPÄNEN - Europäisches Parlament  
Herr Inigo MENDEZ DE VIGO - Europäisches Parlament  
Herr Neil Nicholas MACCORMICK - Europäisches Parlament  
Herr Manfred DAMMEYER - Beobachter  
Frau Riitta KORHONEN - Finnland (Parlament)  
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)  
Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)  
Herr Tunne KELAM - Estland (Parlament)  
Herr Gerhard TUSEK - Österreich (Regierung)  
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament  
Herr Bobby McDONAGH - Irland (Regierung)  
Herr Gijs DE VRIES - Niederlande (Regierung)  
Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)  
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament  
Frau Lone DYBKJAER - Europäisches Parlament  
Herr Henrik HOLOLEI - Estland (Regierung)  
Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)  
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Rytis MARTIKONIS - Litauen (Regierung)  
Frau Helle THORNING-SCHMIDT - Europäisches Parlament  
Frau Elena PACIOTTI - Europäisches Parlament  
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)  
Herr Peter ECKSTEIN KOVACS - Rumänien (Parlament)  
Herr Michel BARNIER - Kommission  
Lord MACLENNAN of Rogart - Vereinigtes Königreich (Parlament)

Herr Ben FAYOT - Luxemburg (Parlament)  
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament  
Herr Franc HORVAT - Slowenien (Parlament)  
Herr Caspar EINEM - Österreich (Parlament)  
Herr Johannes VOGGENHUBER - Europäisches Parlament  
Frau Lenka ROVNA - Tschechische Republik (Regierung)  
Herr Alojz PETERLE - Slowenien (Parlament)  
Herr Filadelfio BASILE - Italien (Parlament)  
Herr Tunne KELAM - Estland (Parlament)  
Herr Paolo PONZANO - Kommission  
Frau Claude Du GRANRUT - Beobachter  
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)  
Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN - Europäisches Parlament  
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament  
Herr Peter ECKSTEIN KOVACS - Rumänien (Parlament)  
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Franc HORVAT - Slowenien (Parlament)  
Frau Lone DYBKJAER - Europäisches Parlament  
Herr Esko Olavi SEPPÄNEN - Europäisches Parlament  
Herr Gijs DE VRIES - Niederlande (Regierung)  
Herr Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)  
Herr Elmar BROK - Europäisches Parlament  
Frau Maria BERGER - Europäisches Parlament  
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament  
Herr Neil Nicholas MACCORMICK - Europäisches Parlament  
Frau Riitta KORHONEN - Finnland (Parlament)  
Lord MACLENNAN of Rogart - Vereinigtes Königreich (Parlament)  
Herr Peter SERRACINO-INGLOTT - Malta (Regierung)  
Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)  
Herr Carlos CARNERO GONZALES - Europäisches Parlament  
Herr Joachim WUERMELING - Europäisches Parlament  
Herr Bobby McDONAGH - Irland (Regierung)  
Herr Andrew Nicholas DUFF - Europäisches Parlament  
Frau Helle THORNING-SCHMIDT - Europäisches Parlament

Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)  
Herr Adrian SEVERIN - Rumänien (Parlament)  
Herr Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Regierung)  
Herr Proinsias DE ROSSA - Irland (Parlament)  
Herr Josef ZIELENIC - Tschechische Republik (Parlament)  
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Paolo PONZANO - Kommission  
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament  
Herr Carlos CARNERO GONZALES - Europäisches Parlament  
Frau Teija TIILIKAINEN - Finnland (Regierung)  
Herr Neil Nicholas MACCORMICK - Europäisches Parlament  
Frau Lone DYBKJAER - Europäisches Parlament  
Frau Pia-Noora KAUPPI - Europäisches Parlament  
Herr Peter HAIN - Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament  
Frau Anne VAN LANCKER - Europäisches Parlament  
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS - Litauen (Parlament)  
Herr Paraskevas AVGERINOS - Griechenland (Parlament)  
Herr René VAN DER LINDEN - Niederlande (Parlament)  
Herr Andrew Nicholas DUFF - Europäisches Parlament  
Herr Neil Nicholas MACCORMICK - Europäisches Parlament  
Herr Paolo PONZANO - Kommission  
Herr Jens-Peter BONDE - Europäisches Parlament

---